

Nine to Five

Aus der Welt der Arbeit



Arbeiter besetzten Baukran

Auf einer Großbaustelle in Düsseldorf haben Arbeiter Mitte Dezember einen Baukran besetzt, um Lohn einzufordern. Erst nach etwa sechs Stunden verließen die letzten drei Bauarbeiter die Plattform in etwa 50 Metern Höhe. Zuvor hatte es Gespräche zwischen den Arbeitern, der Gewerkschaft, der Polizei und dem Subunternehmen gegeben. Dabei soll es eine Einigung auf die Zahlung eines Geldbetrags gegeben haben. Einer der Bauarbeiter hatte beklagt, dass man nach wochenlanger Arbeit nur einen Bruchteil des Lohnes erhalten habe. Laut Pressesprecherin der Firma Strabag aus Köln, der die Baustelle gehört, sind die Männer beim Subunternehmen Aquis beschäftigt. Das Unternehmen Züblin AG, das Generalunternehmen für die Bauausführung des Projekts, habe alle Zahlungen an die dort beauftragten Nachunternehmer ordnungsgemäß und pünktlich entrichtet, so eine Sprecherin. Insgesamt sei der Düsseldorfer Fall typisch für die Ausbeutung von Leiharbeitern vor allem aus Osteuropa, so Holger Vermeer von der IG Bau: »Es gibt eine Sub-Subunternehmerkette. Irgendwo am Ende der Baustelle dreht irgendjemand den Hahn zu – und die Kollegen stehen ohne Geld da.« Er kenne Fälle, in denen den Arbeitern nicht einmal genug Geld für Lebensmittel geblieben sei, sagte Vermeer.

→ WDR

Macrons Reform wirkt

Der französische Autokonzern PSA will sich in diesem Jahr von 1.300 Beschäftigten in Frankreich trennen, aber gleichzeitig neue Mitarbeiter_innen einstellen. Das Unternehmen nutzt dazu eine Regelung aus der Arbeitsmarktreform von Präsident Emmanuel Macron, die das Arbeitsrecht gelockert hatte. Die über 1.000 Beschäftigten sollen das Unternehmen auf freiwilliger Basis verlassen. Doch es braucht die Zustimmung der Gewerkschaften, die mindestens 50 Prozent der Belegschaft vertreten. Zudem sind für bis zu 900 ältere Mitarbeiter_innen Vorruhestandsregelungen vorgesehen. Gleichzeitig will PSA 2018 mehr als 1.300 Mitarbeiter_innen mit unbefristeten Verträgen neu einstellen, mindestens die Hälfte davon junge Nachwuchskräfte. Zudem sollen 2.000 junge Menschen Praktikums- oder Ausbildungsplätze bekommen, rund 1.000 Mitarbeiter_innen sollen intern umgeschult werden. Die Gewerkschaft CGT kritisierte die Pläne deutlich, andere Gewerkschaften wie die CFDT äußerten sich positiver. Aber auch sie kritisierte, dass PSA nicht mehr neue Festanstellungen in der Produktion plane – dort arbeiteten derzeit rund 8.000 Leiharbeiter_innen.

→ Neue Zürcher Zeitung

Trucker streikten in Russland

Mitte Dezember sorgte die Vereinigung russischer Transportunternehmer (OPR) mit einem landesweiten Warnstreik für Aufsehen. Anders als im März, als die bislang größte Aktion der OPR angelaufen war, galt dieses Mal ein zeitliches Limit von zehn Tagen. Anlass für den Warnstreik waren die unlängst von der Regierung erlassenen verschärften Maßnahmen bei Nichtzahlung von Mautgebühren für Lkw ab zwölf Tonnen und die steigenden Benzinpreise. Gleichzeitig begann Mitte Dezember die aktive Vorlaufphase der Präsidentschaftswahlen, die für den 18. März 2018 anstehen. Die OPR hatte geplant, ihren Vorsitzenden, Andrej Baschutin, als Präsidentschaftskandidaten aufzustellen. Doch die Behörden legen den Truckern zahlreiche Steine in den Weg. Am 1. Dezember stufte das Justizministerium die OPR als »ausländischen Agenten« ein. Und just während des zehntägigen Warnstreiks verhängte die russische Justiz gegen Baschutin eine 15-tägige Administrativhaft.

→ neues deutschland

Tsipras schränkt Streikrecht ein

Das Parlament in Athen hat Mitte Januar einen Gesetzentwurf der Regierung verabschiedet, durch den das Streikrecht in Griechenland eingeschränkt werden soll. Nachdem bereits im Dezember und in der vergangenen Woche Tausende Menschen gegen die Novelle protestiert hatten, legte ein weiterer Generalstreik der Gewerkschaften das öffentliche Leben in vielen Städten des Landes weitgehend lahm. Der Antrag der aus der Linkspartei Syriza von Ministerpräsident Alexis Tsipras mit der nationalistischen Anel gebildeten Regierungskoalition sieht vor, dass die Gewerkschaften künftig für einen Streikbeschluss die Zustimmung von mindestens 51 Prozent aller regelmäßig zahlenden Mitglieder einholen müssen, die zudem bei der Abstimmung persönlich anwesend sein müssen. Bisher genügte bei der Abstimmung die Anwesenheit von einem Drittel der Mitglieder, bei einer zweiten oder dritten Abstimmungsrunde mussten sogar nur noch 20 Prozent anwesend sein. Die Gesetzesnovelle soll den Abschluss des dritten Kreditprogramms ermöglichen, das Athen von der sogenannten Troika aus EU, Europäischer Zentralbank und Internationalem Währungsfonds diktiert wurde.

→ junge Welt

Ausbeutung zu Fallobst

International Transnationale Organisation rückt die Arbeitsbedingungen im »Plastikmeer« von Almería stärker in den Fokus

Von Alexander Gorski

Am 29. November läuft im ARD-Verbrauchermagazin PlusMinus der Beitrag »Sklavenarbeit für frisches Obst und Gemüse« über die Arbeitsbedingungen in der industriellen Landwirtschaft Andalusiens. Die deutschen Journalist_innen weisen kritisch auf niedrige Löhne, miserable Wohnverhältnisse und mangelnde Arbeitsschutzmaßnahmen im Zusammenhang mit den günstigen Konsummöglichkeiten in europäischen Supermärkten hin. In Interviews mit Arbeiter_innen, Aktivist_innen und Gewerkschafter_innen zeigen sie den Status Quo der Ausbeutung und Rechtlosigkeit von zehntausenden migrantischen Arbeiter_innen im sogenannten Plastikmeer von Almería. Dort wird in tausenden Gewächshäusern auf einer Fläche von mehr als 30.000 Hektar, also 300 Quadratkilometer, ganzjährig Gemüse und Obst angebaut. Dieses ist zum größten Teil für den nordeuropäischen Markt bestimmt, der von deutschen Supermarktkonzernen beherrscht wird.

Über die Situation in Almería wird seit langem regelmäßig berichtet. Ausgangspunkt dieser internationalen Aufmerksamkeit waren pogromartige Ausschreitungen gegen migrantische Arbeiter_innen vor fast 18 Jahren. Im Februar 2000 griffen Teile der lokalen Bevölkerung drei Tage lang Migrant_innen und deren Geschäfte und Wohnungen an. Polizei und Behörden sahen tatenlos zu. Diese rassistische Eskalation hatte zweierlei Folgen. Zum einen wurde die europäische Zivilgesellschaft mobilisiert: Aktivist_innen der globalisierungskritischen Bewegung reisten in die Region und veröffentlichten erste Dokumentarfilme und Berichte. Zum anderen gründeten Arbeiter_innen aus Almería in Verbindung mit der Landarbeiter_innengewerkschaft El Sindicato de Obreros del Campo – Sindicato Andaluz de Trabajadores (SOC-SAT) in Sevilla noch im Jahr 2000 eine lokale Sektion.

Die SOC-SAT gibt es in Andalusien schon seit 1976. Nach dem Ende der Franco-Diktatur sammelten sich in ihr die radikalen Elemente der andalusischen Landarbeiter_innen- und Landlosenbewegung, um im postfaschistischen Spanien für ihre Rechte zu kämpfen. Bis heute ist die SAT bekannt für ihre kämpferische Basis und ihre direkten Aktionen: Solidarische Supermarktüberfälle und Landbesetzungen wie in Somonte oder zuletzt in der Nähe von Jaén, wo seit März diesen Jahres ein 70 Hektar großes Landgut als Cerro Libertad (Hügel der Freiheit) kollektiv und selbstorganisiert bewirtschaftet wird.

Durch die Gründung einer Sektion in Almería sollte ein Raum geschaffen werden, um sich kollektiv über nationale und ethnische Grenzen hinweg organisieren zu können. Bereits in den ersten Jahren erzielte die Gewerkschaft Erfolge. 2001 wurde die Universität von Almería im Rahmen der in ganz Spanien stattfindenden Kampagne für die Legalisierung von undokumentierten Menschen durch migrantische Arbeiter_innen und Gewerkschaftsaktivist_innen besetzt. Erfolgreich: Mehrere tausend Migrant_innen erhielten Papiere. Daneben etablierte sich die Gewerkschaft als der wichtigste Ansprechpartner für internationale Medien. »Für uns ist die Aufmerksamkeit von außen sehr wichtig. Sie stärkt unsere Arbeit und zeigt den Arbeitern und Arbeiterinnen, dass sie nicht vergessen sind. Aber im Ausland bekommt die

Situation in Almería viel mehr Aufmerksamkeit als hier vor Ort. Das führt zu der widersprüchlichen Situation, dass wir hier seit mehr als fünfzehn Jahren jede Woche Journalisten von verschiedensten Orten der Welt haben, sich aber an der Situation der Arbeiter und Arbeiterinnen nur wenig verändert hat«, sagt José Cuevas García, Sprecher der Sektion in Almería.

Die Gewerkschaftskämpfer_innen erachten die internationalistische Vernetzung trotzdem als Notwendigkeit und als Chance. Das hat Tradition: Seit ihrer Gründung stand die SOC-SAT in engem Kontakt zu revolutionären Bewegungen in anderen Teilen der Welt. Die Sektion in Almería verfolgt seit ihrer Gründung ebenfalls eine Art

beiter_innen zur gewerkschaftlichen Organisation zu motivieren. Erfolge müssten ständig verteidigt werden. 2014 entließ Biosol in rechtswidriger Weise gewerkschaftlich organisierte Arbeiter_innen und im September 2017 gingen bei der SAT massive Beschwerden über Bezahlungen unter dem Mindestlohn und gesetzeswidrige Arbeitsbedingungen in den Gewächshäusern von Biosol ein.

Transnationale Ausbeutung transnational bekämpfen

Vor dem Hintergrund von konkreten Arbeitskämpfen als Widerstand gegen Ausbeutung und Diskriminierung im transnationalen Kontext entstanden auch



Journalistinnen und Journalisten kommen ständig, aber an der Situation vor Ort ändert sich wenig.

Doppelstrategie: Vor Ort versucht sie trotz prekärer Mittel durch Rechtsberatung, Bildungsveranstaltungen, Frauenprogramme und die Organisation von Streiks und Arbeitskämpfen, maximal präsent zu sein. Darüber hinaus pflegt sie sorgfältig ihre internationalen Verbindungen mit dem Europäischen Bürger_innenforum (EBF) und der landwirtschaftlichen Kooperativenbewegung Longo Mai, anderen Landarbeiter_innenorganisationen im Rahmen der europäischen Sektion von Via Campesina sowie politisch-solidarischen Stiftungen – letztere helfen nicht zuletzt auch finanziell, die Arbeit in Almería zu ermöglichen.

Ärger mit der Biosonne

Wie wertvoll transnationale Vernetzung über reinen Erfahrungsaustausch hinaus sein kann, zeigte sich vor einigen Jahren im Fall Biosol. Das gleichnamige Bio-Agrarunternehmen aus Almería entließ 2010 mehrere langjährige marokkanische Mitarbeiterinnen, die in der Verpackungshalle des Betriebs angestellt waren, ohne Begründung. Die Arbeiterinnen schlossen sich zusammen und gingen gemeinsam mit der Gewerkschaft gegen die rechtswidrigen Entlassungen und ihre miserablen Arbeitsbedingungen in dem biologischen Betrieb vor. In Kooperationen mit dem EBF, dem Solifonds aus der Schweiz und einzelnen Aktivist_innen aus Deutschland starteten sie eine internationale Kampagne, die sich vor allem darauf richtete, die Geschäftsmethoden von Biosol in der Schweiz zu thematisieren, wo ein großer Teil der Produkte bei der Supermarktkette COOP vertrieben wurde. Durch Medienberichte, Veranstaltungen und den Druck kritischer Verbraucher_innen gelang es, COOP dazu zu bewegen, bis zur Klärung der Rechtslage nicht mehr bei Biosol einzukaufen. 2012 schloss das Unternehmen daraufhin ein Abkommen mit der Gewerkschaft, die Arbeiter_innen wurden wieder eingestellt und Biosol verpflichtete sich, minimale arbeitsrechtliche Standards einzuhalten.

Federico Pacheco, zuständiger SAT-Gewerkschafter für internationale Vernetzung, sieht den Fall Biosol als exemplarisch für weitere transnationale Arbeitskämpfe an. Weil die andalusische Gesellschaft die Verhältnisse in Almería zu großen Teilen billige, könne oft nur durch Druck von außen die Chance entstehen, einzelne Konflikte zu gewinnen und auch mehr Ar-

Verbindungen der SAT zum Berliner Verein Interbrigadas. Dieser organisiert seit August 2016 im Halbjahrestakt Brigaden, mit denen Aktivist_innen für einen Monat nach Almería reisen, um die konkrete Arbeit der Gewerkschaft zu unterstützen und die politische Realität in der Peripherie des europäischen Grenzregimes kennenzulernen.

Die Brigade »Berta Cáceres« begleitete im März letzten Jahres über einen Monat hinweg den Arbeitskampf von 22 Arbeiter_innen aus Marokko, die sich gegen ihre rechtswidrige Entlassung wehrten. Dabei entstand der Dokumentarfilm »Días de Lucha, Días de Luto« (Tage des Kampfes, Tage der Trauer). Im September und Oktober gestalteten Aktivist_innen von Interbrigadas die aktuelle Kampagne der SAT »Llegó la hora – Rébelate!« (Die Zeit ist gekommen – Rebelliere!) mit. Mit regelmäßigen Kundgebungen, Demonstrationen und arbeitsrechtlichen Informationen versuchen die Kampagnenarbeiter_innen die Organisation zu stärken und damit Druck auf die derzeit laufenden Tarifverhandlungen zwischen der Lokalregierung und den Mehrheitsgewerkschaften auszuüben.

Andersherum versucht die Kooperation zwischen SOC-SAT und Interbrigadas, die lokalen Arbeitskämpfe von Almería auch nach Deutschland zu tragen. Hier haben schließlich verschiedene marktbeherrschende Supermarktkonzerne ihren Sitz und der größte Teil des Gemüses aus dem »Plastikmeer« wird hierher exportiert. In diesem Zusammenhang führt Interbrigadas Recherchen zu den Vertriebsketten durch. Darüber hinaus sollen die Erfahrungen aus dem Biosol-Fall auf den deutschen Kontext übertragen werden. Mariana Pérez García, langjährige Aktivistin bei Interbrigadas, fasst es programmatisch zusammen: »Langfristig geht es der SAT und uns darum, nicht bei der internationalen Aufmerksamkeit stehenzubleiben, die die Verhältnisse in Almería in den letzten Jahren erregt hat. Wir wollen dazu beitragen, einen Schritt weiter zu gehen. Während die gewerkschaftliche Selbstorganisation der Arbeiter_innen vor Ort weiter höchste Priorität hat, ist auch klar, dass transnational organisierte Ausbeutung nur transnational angreifbar ist.« ●

Alexander Gorski ist Aktivist bei Interbrigadas.